

*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHT

*
*
*

* * * * *

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

*(1)

Chinesische Zusammenarbeit mit der EG

Ein Sprecher des chinesischen Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel erklärte in Beijing, China sei bereit, künftig zusammen mit den westeuropäischen Ländern weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die gegenseitigen wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen auszubauen. Im Jahre 1983 hätten die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen Chinas mit den westeuropäischen Ländern eine neue Entwicklung erlebt. Das Importvolumen Chinas sei gegenüber dem Vorjahr um 37,5% auf 6,8 Mrd. US\$ gewachsen. Westeuropa sei die Region, in der der Importzuwachs am schnellsten zugenommen habe. Chinas Exporte in die westeuropäischen Länder haben um 1,2% zugenommen.

In Zusammenarbeit mit Westeuropa wurden 11 Gemeinschaftsbetriebe neu genehmigt. Ferner arbeitete China mit Westeuropa in Drittländern bei Bauvorhaben zusammen. Der stürmisch gewachsene Import Chinas aus Westeuropa habe mit dem Export nach Europa nicht Schritt halten können. China wolle deshalb die Struktur seiner Exportwaren weiter verbessern, damit Qualität, Muster und Verpackung der Exportgüter den Marktbedürfnissen besser entsprächen. Ferner solle das Marketing verstärkt werden. Der Sprecher betonte, manche westeuropäischen Länder beschränkten den Importmarkt für chinesische Waren. Das habe natürlich die Vergrößerung der chinesischen Exporte beeinträchtigt. Es sei zu hoffen, daß diese Länder die Behinderung der chinesischen Exportwaren auf dem westeuropäischen Markt aufgeben würden. (Radio Beijing, 19.3.84, zitiert nach MD, 22.3.84)

Am 29.3. wurde in Beijing ein neues Abkommen über die Textilquoten paraphiert. Dieses Abkommen erneuert einen Fünf-Jahres-Ver-

trag, der bereits 1983 ablief. Die neuen Quoten wurden noch nicht bekanntgegeben. Die Volksrepublik wünschte eine 20%ige Anhebung der Quoten für Textilien und Kleidungsstücke, während die EG nur durchschnittlich 6-7% zugestehen wollte. Im Januar 1984 hatte die EG einseitig die Quoten bereits um 7% erhöht. In der ersten Hälfte des Jahres 1983 betrug der Wert der chinesischen Textilexporte in die EG 360 Mio. US\$, das war doppelt soviel wie in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die beträchtliche Erhöhung der Exporte der Volksrepublik hatte bei europäischen Textilherstellern Verstimmung erregt. (IHT, 30.3.84)

Die EG-Kommission beschloß, 3,5 Mio. ECU (ca. 3,2 Mio. US\$) aus ihrem Hilfsprogramm für nichtasoziierte Länder an China zu vergeben. Die Mittel sollen für ein Projekt zur Ausbildung von Managern verwendet werden. Das Zentrum für Betriebswirtschaft in Beijing soll mit dem Geld ein Ausbildungsprogramm für Betriebswirtschaft auf höherem Niveau durchführen. Von 1985 bis 1989 sollen zwei Studenten-Generationen mit den Mitteln finanziert werden. Vor Beginn der eigentlichen Managementkurse soll ein Intensivkursus in Englisch durchgeführt werden. Ziel des Projektes ist es, zu untersuchen, inwieweit europäische Managementmethoden unter chinesischen Bedingungen angewendet werden können. Etwa 60 europäische Professoren für Betriebswirtschaft werden an dem Programm teilnehmen. Studenten, die den Kurs erfolgreich absolvieren, haben die Möglichkeit zur Weiterbildung in der Praxis in Europa. (Pressemitteilung der EG-Kommission, 2.3.84) -lou-

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

*(2)

Deutsch-chinesisches Abkommen über Satelliten

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China wollen künftig bei Entwicklungen und Herstellung ziviler Weltraumsatelliten zusammenarbeiten. Forschungsminister Heinz Riesenhuber und der chinesische Minister für die Raumfahrtindustrie, Zhang Jun, unterzeichneten am 7.3.1984 in Bonn ein auf zunächst fünf Jahre befristetes Abkommen, das auch den Austausch von Fachleuten und Informationen aus Forschungsstellen und der Industrie vorsieht. Die Kooperation ist auf Fernseh-, Rundfunk-, Fernmelde-, Wetter- und Wissenschaftssatelliten eingegrenzt.

Ein westdeutsches Konsortium unter der Führung von Messerschmidt-Böl-

low-Blohm hofft, von China einen Auftrag über die Lieferung von zwei Fernseh- und Radiosatelliten zu erhalten, ein Auftrag, der insgesamt einen Wert von 500 Mio. DM haben könnte. Wie Vertreter der Firma AEG mitteilten, wird die Entscheidung über den Auftrag Ende 1984 erwartet.

Da es der Volksrepublik derzeit an geeigneten Trägerraketen fehlt, ist als Startfahrzeug die Europa-Rakete Ariane vorgesehen. Zhang Jun besuchte Anfang März eine Reihe von Firmen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. (Financial Times, 7.3.84 und SZ, 8.3.84) -lou-

*(3)

SPIEGEL-Korrespondent ausgewiesen

Der Beijinger Korrespondent des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL, Tiziano Terzani, ist am 4. März 1984 aus der Volksrepublik China ausgewiesen worden. Terzani hatte vier Jahre lang für den SPIEGEL aus Beijing berichtet. Nach einigen Schwierigkeiten war sein Korrespondentenvisum noch am 17. Januar 1984 vom chinesischen Außenministerium erneut verlängert worden.

Die Ausweisung wurde offiziell mit angeblichem Schmuggel von Antiquitäten aus China begründet - ein Vorwurf, den Terzani bestreitet. Tatsächlich dürfte die zuweilen recht kritische Berichterstattung von Terzani der eigentliche Grund für seine Ausweisung gewesen sein. Bereits im Dezember und Januar soll das chinesische Außenministerium gegenüber der deutschen Botschaft in Beijing erklärt haben, daß die Verlängerung des Korrespondentenvisums aufgrund der permanent kritischen Artikel von Terzani nicht gesichert sei. Erst nach diplomatischen Interventionen soll sich das chinesische Außenministerium zu der Verlängerung des Visums bereit erklärt haben. Warum Terzani dann nur wenige Wochen später festgenommen, unter Hausarrest gestellt und schließlich ausgewiesen wurde, bleibt unklar.

Möglicherweise ist Terzani das Opfer eines politischen Machtkampfes zwischen dem relativ aufgeschlossenen Außenministerium und dem konservativen Staatssicherheitsministerium geworden. Hierfür gibt es zumindest zwei Indizien:

- Am 20. Januar 1984 - also nur drei Tage nach der Verlängerung des Korrespondentenvisums durch das Außenministerium - erwirkten die Sicherheitsbehörden einen Haussuchungsbefehl gegen Terzani.
- Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums wich bei der wöchentlich stattfindenden Rou-

tinepressekonferenz am 7. März 1984 den Fragen von mehr als 100 in Beijing arbeitenden ausländischen Korrespondenten oft mit dem Hinweis aus, daß im Fall Terzani hauptsächlich die Staatssicherheitsbehörden tätig geworden seien und daß das Außenministerium darüber nichts näheres wisse. (Siehe die Darstellung von Tiziano Terzani in: DER SPIEGEL, 12.3.84 u. FEER, 12.4.84; vgl. FAZ, 8.3.84 u. FEER, 15. u. 22.3.84) -sch-

AFRIKA UND NAHOST

* (4)

China begrüßt die Entspannung im südlichen Afrika

Nach gefährlich-konfliktreichen Jahren im südlichen Afrika habe sich die Lage nun endlich entspannt, und zwar seit "die Behörden Südafrikas in sachliche Verhandlungen mit den Regierungen Angolas und Mozambiques eintraten", statt sofort wieder, wie bisher üblich, zu den Waffen zu greifen.

Zuerst kam es zur Versöhnung mit Angola: Am 16. Februar 1984 waren die Vertreter der angolanischen, der südafrikanischen und der amerikanischen Regierung in Lusaka/Sambia zusammengetreten, und kurze Zeit später wurde die gemeinsame Angolanisch-Südafrikanische Kommission gegründet, die die Aufgabe hat, die Feueinstellung und die Beendigung der Feindseligkeiten im südlichen Angola zu überwachen. Entsprechend dem Beschluß dieser Kommission begann Südafrika daraufhin, seine Truppen aus Angola abzuziehen.

Am 20. Februar kam es dann zu Verhandlungen zwischen Südafrika und Mozambique: Es wurde ein Sicherheitsabkommen unterzeichnet und außerdem fand ein Meinungsaustausch über wirtschaftliche Probleme statt: ein Dialog, den Mozambique angesichts seiner tristen Wirtschaftslage besonders nötig hatte.

Die - vorläufige - Aussöhnung Südafrikas mit den beiden Nachbarländern wurde von anderen Staaten unterstützt, u.a. von Sambia und Zimbabwe.

Dieser Applaus wiederum ermutigte die Chinesen, ebenfalls ihre Zustimmung zu geben.

Die plötzliche Versöhnungstimmung Südafrikas beruhe auf zwei Faktoren, nämlich erstens dem amerikanischen Druck und zweitens dem südafrikanischen Wunsch, aus der Isolierung herauszutreten.

Und die Zukunft? Optimisten mein-

ten, die jetzt eingeleitete Entwicklung könne den langjährigen diplomatischen Stillstand beenden und - über die Einlösung der UNO-Resolution Nr. 435 - zur Unabhängigkeit Namibias führen.

Andere wiederum betonten, daß Südafrika unter dem amerikanisch-internationalen Druck nur momentan nachgegeben habe und gar nicht daran denke, seine Herrschaft über Namibia aufzugeben.

China unterstütze die Entspannung, weise aber gleichzeitig darauf hin, daß es so lange keinen echten Frieden und keine echte Stabilität im südlichen Afrika geben könne als nicht Rassismus und Kolonialismus eliminiert, und auch die Namibia-Frage nicht gelöst sei (RMRB, 24.2.84 und 14.3.84). Auf alle Fälle brauche der Süden Afrikas Frieden und Stabilität. SWAPO und ANC werden nach chinesischer Meinung so lange stillhalten wie die Hoffnung besteht, daß sich die Dinge zum Besseren wenden. Ob China die beiden Bewegungen in der Zwischenzeit materiell unterstützt, läßt sich aus solchen Erklärungen nicht entnehmen. -we-

NORDAMERIKA

* (5)

US-Präsident Reagan in China

Vom 26. April bis 1. Mai stattete der amerikanische Präsident der VR China einen Staatsbesuch ab. Nach Richard Nixon (1972) und Gerald Ford (1975) war er damit das dritte (amtierende) Staatsoberhaupt der USA, das nach China kam, und das erste Staatsoberhaupt, das seit der Normalisierung der Beziehungen (1. Januar 1979) seinen Besuch abstattete.

Spektakuläre Ergebnisse wurden von dem Besuch von vornherein nicht erwartet - und traten dann in der Tat auch nicht ein. Erst im Januar 1984 hatte ja Ministerpräsident Zhao Ziyang die USA besucht und dort die wichtigsten bilateralen und allgemeinen Fragen bereits erörtert. Es ging also mehr um eine atmosphärische Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen, die unterhalb der offiziell-staatlichen Ebene in den letzten Jahren ohnehin schon optimal gewesen waren, die aber auf Staatsebene durch einige dunkle Flecken getrübt waren: Man denke an die amerikanische Taiwan-Politik (sie bleibt nach chinesischer Auffassung das "Hauptproblem" in den bilateralen Beziehungen), die (bis vor kurzem noch wirksamen) amerikanischen Beschränkungen für den Transfer von Spitzentechnologie, die US-Barrieren gegen chinesische Exporte nach Amerika und ferner

- was die Weltpolitik anbelangt - die amerikanische Unterstützung der israelischen Mittelostpolitik, die amerikanische Zentralamerikapolitik und die Washingtoner Politik gegenüber Korea.

Höhepunkt des politischen Teils des Präsidentenbesuchs war die Unterzeichnung von fünf Abkommen und Protokollen, nämlich

- ein Abkommen über Vermeidung von Doppelbesteuerung;

- ein Protokoll über den kulturellen Austausch in den Jahren 1984 und 1985;

- ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Industrielwissenschaft und Technologie;

- ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen und technischen Information und

- ein Abkommen über die friedliche Benutzung der Nuklearenergie.

Vor allem das Nuklearabkommen war noch kurz vor der Präsidentenankunft unter Dach und Fach gebracht worden.

Beide Seiten möchten gerne "voneinander lernen", betonte Reagan bescheiden am Rande dieser Unterzeichnungszeremonien (XNA, 30.4.84).

Ansonsten wurde ein reiches Besuchsprogramm geboten, das den rund 300 begleitenden Journalisten erneut Gelegenheit gab, den wiedergewonnenen Freund China vorzustellen.

Am 30. April hielt Reagan eine Rede vor Studenten der Shanghai Fudan-Universität (XNA, 18.4.84).

Die für Reagan unangenehmen Zeremonien gingen höchst rituell über die Bühne. Vor allem Deng Xiaoping sprach Reagan auf die Wiedervereinigung Chinas an und drückte seinen Unwillen gegenüber der amerikanischen Taiwan-Politik aus. Auch ließ die chinesische Führung sie ihren Gast spüren, daß sie mit der Politik der Reagan-Administration gegenüber Mittelamerika und dem Nahen Osten, mit der Stationierung einer neuen Generation von Nuklearwaffen in Europa und der fortwährenden Anwesenheit von 39.000 US-Soldaten in Südkorea alles andere als einverstanden ist.

Der amerikanische Präsident blieb seinen Gesprächspartnern nichts schuldig und versuchte die amerikanische Haltung zu erklären. Darüber hinaus hielt Reagan in Beijing eine bemerkenswerte Rede, in der er indirekt die marxistisch-leninistischen Prinzipien

verurteilte. Die Chinesen, die ursprünglich versprochen hatten, die Rede im Abendprogramm des Fernsehens ungekürzt landesweit zu übertragen, hielten es am Ende für geraten, gesellschaftskritische Bemerkungen daraus zu entfernen. Dasselbe geschah auch bei Reagans negativen Bemerkungen über die Sowjets - letzteres ein bezeichnendes Indiz dafür, wie sich die sino-sowjetische Stimmungslage im Verlauf eines Jahres gewandelt hat.

Das chinesisch-amerikanische Verhältnis basiert auf den "drei Kommunikationen", von Shanghai (Februar 1972), von Dezember 1978 (über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen) und vom 17. August 1982; das letztere Kommuniqué kam zustande, als das Verhältnis zwischen Washington und Beijing einer Höchstzerreißprobe ausgesetzt war. Washington versprach dabei, seine Waffenlieferungen an Taibei nicht ad infinitum fortzusetzen und auf keinen Fall nach Qualität und Quantität über den Lieferstand vom Jahre 1980 hinauszugehen, während Beijing andererseits versprach, die Taiwan-Frage nicht mit Gewalt zu lösen. Freilich war dies mehr eine Einigung in höchster Not, die einen weiten Interpretationsspielraum offenließ und die beiden Seiten lediglich dazu verhalf, momentan das Gesicht zu wahren. Das Kommuniqué vom 17. August 1982 war m.a.W. lediglich ein Zwischenergebnis auf dem wahrscheinlich noch lange andauernden Marsch zu einer endgültigen Bereinigung des Taiwan-Problems zwischen beiden Seiten.

Wichtiger als der Besuch selbst war die unaufhörlich wachsende Bedeutung der sino-amerikanischen Beziehungen, die durch diesen Besuch lediglich noch ein weiteres Mal wurde: Die USA sind inzwischen zum drittgrößten Handelspartner Chinas aufgestiegen; außerdem drückt sich eine amerikanische Technologiekommission nach der anderen die Klinke in die Hand (im März 1984 wurde beispielsweise ein gemeinsames Computerentwicklungszentrum in Wuhan errichtet, XNA, 6.3.84; am 29. April ein Abkommen über ein gemeinsames Kohleentwicklungsprojekt unterzeichnet, XNA, 30.4.84 etc.); des weiteren kommt es demnächst vermutlich zu größeren (geheimen) Waffenkäufen Chinas in den USA, nachdem Zhang Ping, der Sohn des chinesischen Verteidigungsministers, ferner He Ping, der Sohn von General He Biao und zweiter Schwiegersohn Deng Xiaopings, sowie He Pengfei, der Sohn von Marschall He Long, von Ende Februar bis Anfang März 1984 auf Einladung des amerikanischen Verteidigungsministeriums zahlreiche Rüstungsfabriken in den USA be-

sucht haben. Alle drei arbeiten im chinesischen Verteidigungsministerium und sind für Forschung auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie und für Waffenkäufe zuständig. Ihr Besuch war nicht öffentlich bekanntgegeben worden; u.a. sollen sie einen detaillierten Katalog von, wie es in der US-Presse heißt, Waffen vorgelegt haben, die China von den USA zu kaufen wünsche, und schließlich hätten sie ein geheimes Abkommen mit US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger erzielt.

Des weiteren ist es zum Abschluß zahlreicher Patenschaftsverhältnisse zwischen amerikanischen und chinesischen Städten gekommen und nicht zuletzt studieren Tausende von chinesischen Studenten - unter ihnen auch ein Sohn Deng Xiaopings - in den USA: Hier wird von amerikanischer Seite in der Tat eine Investition in die Zukunft getätigt.

Nach den chinesischen Statistiken betrug der Gesamthandelsumsatz zwischen beiden Ländern während der letzten fünf Jahre, d.h. zwischen Januar 1979 und Ende 1983 insgesamt 22,2 Mrd. US\$. Während der drei ersten Jahre stieg es ununterbrochen an, um sodann 1982 wieder zurückzufallen - wofür "diskriminierende Außenhandelsmaßnahmen der US-Regierung gegenüber China" ursächlich gewesen seien (XNA, 20.3.84). China möchte seinen Handel mit den USA gerne noch wesentlich ausweiten.

In regelmäßigen Sitzungen des chinesisch-amerikanischen "Joint Economic Committee" - zuletzt tagend im März 1984 - werden immer wieder Resümees gezogen und weitere Handelsmöglichkeiten für die Zukunft ausgearbeitet. Bei der 4. Sitzung (im März) war u.a. das später in Anwesenheit Reagans unterzeichnete "Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Einkommensteuerhinterziehung" paraphiert worden.

Ende 1983 gab es bereits zwanzig chinesisch-amerikanische Gemeinschaftsunternehmen mit einem Gesamtinvestitionsbetrag der USA von annähernd 85 Mio. US\$. Elf amerikanische Gesellschaften beteiligen sich an den chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen für Off-shore-Erdölerschließung und -abbau - und zwar mit einem Investitionsbetrag von insgesamt 600 Mio. US\$. Kurz vor der Unterzeichnung stehen Projekte der Off-shore-Erdölförderung, des Kohletagbaus (Pingsuo), einer Kohlerohrleitung vom Südosten der Provinz Shanxi bis Nantong und der Koproduktion von DC-9-Passagierflugzeugen in Shanghai.

Die Amerikaner haben auch ihre Bereitschaft zu noch umfangreicherer Wirtschaftskooperation erklärt, z.B. beim Aufbau von Großwasserkraftwerken und bei der Errichtung von Kernkraftwerken.

Im Februar 1984 hatten die Chinesen höchst beleidigt reagiert, als fünf Personen von amerikanischen Zollagenten unter der Beschuldigung verhaftet wurden, sie hätten versucht, Raketenleitsysteme und Radarstörgeräte nach China zu schmuggeln. Die chinesische Regierung dementierte und die amerikanische Seite akzeptierte diesen Protest.

Während Beijing einerseits versucht, an amerikanischen Waffen heranzukommen, kritisiert es gleichzeitig die US-Waffenverkäufe an Taiwan. Vor allem hat es gegen den geplanten Verkauf von Waffen an den Inselstaat im Werte von 760 Mio. US\$ für das Haushaltsjahr 1985 offiziell protestiert. Der geplante Verkauf widerspreche den Abmachungen des Kommuniques vom 17. August 1982. (Zum Besuch Zhao Ziyangs in den USA: C.a., Januar 1984, Ü 3.)

Die Chinesen sind nicht an einer strategischen Zusammenarbeit, sondern an nur an einer für beide Seiten vorteilhaften bilateralen Kooperation interessiert - zumindest ist dies die offizielle Version. In Wirklichkeit jedoch dürfe Beijing seine Zusammenarbeit mit den USA durchaus als einen Faktor der Weltpolitik und als einen wichtigen Baustein seiner antisowjetischen Ausrichtung betrachten; auch verläuft seine übrige Politik ganz in dieser Richtung.

Eine Zeitlang gab es zwischen beiden Seiten auch Probleme wegen der chinesischen Textilexporte in die USA. Eine Reihe von US-Textilfabrikanten hatte am 12. September 1983 eine Eingabe an das US-Handelsministerium mit der Begründung eingereicht, daß China seine in die USA exportierten Textilien subventioniere, ja zu Schleuderpreisen verkaufe. Diese Eingabe wurde vom Handelsministerium offiziell entgegengenommen, woraufhin ein Sprecher des chinesischen Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel Protest erhoben und darauf hingewiesen hatte, daß von einer Subventionierung keine Rede sein könne. In der Zwischenzeit hat sich der Streit erledigt.

Von den 20.000 z.Zt. im Ausland befindlichen Studenten (XNA, 30.12.83) befinden sich gegenwärtig mehr als die Hälfte in den USA. Die meisten chinesischen Gäste sind inzwischen dreißig und vierzig Jahre alt; durchschnitt-

lich bleiben sie in ihrem Gastland bis zu zwei Jahren. Fast jede größere Universität in den USA hat inzwischen das ein oder andere Austauschprogramm mit einer Hochschule in China vereinbart. Außerdem gibt es zahlreiche Regionalprogramme, die den mittlerweile engen Beziehungen zwischen einzelnen amerikanischen Bundesstaaten und chinesischen Provinzen Rechnung tragen. So ist z.B. Ohio Schwesterstaat der chinesischen Provinz Hubei - ein Partnerschaftsverhältnis, aus dem sich auch ein reges Austauschprogramm zwischen der Universität von Ohio und Wuhan entwickelt hat. Ähnliches gilt für Michigan und Sichuan.

Auch die amerikanische Industrie unterstützt die Ausbildung der Chinesen, so z.B. das Traktorenwerk in Illinois.

Vergessen auch das Zerwürfnis um den Fall der Tennisspielerin Hu Na, die im Juli 1982 vom Chinesischen Tennisverband in die USA zur Teilnahme an einem internationalen Wettkampf entsandt worden war, dort aber um Asyl nachgesucht - und erhalten hatte. Die Antwort der Chinesen bestand darin, daß sie alle noch ausstehenden Vorhaben des Kulturaustausches mit den USA für 1982 und 1983 einstellten.

Durch die im Beisein Reagans neu unterzeichneten Protokolle über Kulturaustausch wurde ein Schlußstrich unter diese alte Rechnung gezogen.

Am 21. November 1983 war die neue amerikanische Politik, nämlich den Technologietransfer nach China zu erleichtern, in Kraft getreten (XNA, 22.11.83).

-we-

ASIEN

*(6)

Der chinesische Staatspräsident Li Xiannian besucht vier süd- und westasiatische Länder

Erst viermal seit Gründung der Volksrepublik haben chinesische Staatspräsidenten eine Auslandsreise veranstaltet, nämlich Liu Shaoqi 1963 nach Indonesien und Birma und 1966 nach Pakistan und Birma. Anschließend verschwand die Institution des "Staatsoberhauptes" aus dem chinesischen Verfassungsleben und wurde erst aufgrund der neuen Verfassung von 1982 wieder etabliert.

Der greise Li Xiannian, der im Juni 1983 zum Staatspräsidenten gewählt worden war, trat im März 1984 seine erste Auslandsreise in der neuen Eigenschaft an und besuchte Pakistan, Jordanien, die

Türkei und Nepal.

Zweck der Reise war ein mehrfacher:

- Zum einen war China den betreffenden Ländern schon lange einen Gegenbesuch "schuldig". Präsident Zia-ul-Hak von Pakistan, König Hussein von Jordanien und König Birendra von Nepal haben China im Laufe der Jahre schon mehrere Male besucht; der türkische Präsident Kenan Evran war i.J. 1982 nach China gekommen.

- Weiterhin wollte China einen neuen Akzent in seiner Dritte-Welt-Politik setzen. Nachdem Zhao Ziyang im Dezember 1982/Januar 1983 elf afrikanische Länder besucht hatte, sollte diesmal der Akzent auf Süd- und Westasien gelegt werden - durchwegs auf befreundete Länder, mit denen es keine politischen Schwierigkeiten gibt. Pakistan ist seit Jahren der beste Dritte-Welt-Verbündete Chinas in Asien und hat mit China gemeinsame Interessen in Afghanistan. Mit Jordanien teilt China eine gemeinsame Israel/PLO-Politik.

- Schließlich sollte mit der Visite das chinesische Interesse an einer systematischen Süd-Süd-Zusammenarbeit betont werden.

- Im übrigen hieß es - in schöner Allgemeinheit - daß es das Ziel des Präsidentenbesuchs sei, das "Verstehen zu vertiefen, voneinander zu lernen, die Freundschaft zu festigen und die Zusammenarbeit zu entwickeln". Praktische Ergebnisse waren von der Visite nicht zu erwarten und konnten am Ende auch nicht verzeichnet werden.

In allen vier Ländern gab Li dem chinesischen Interesse Ausdruck, den Handel zu erweitern: Der chinesisch-pakistanische Handel begann i.J. 1950 und ist seitdem auf ein Volumen von jährlich etwa 400 Mio.US\$ angewachsen. China exportiert hauptsächlich leichtindustrielle Produkte, Chemikalien, Maschinen und kleine Anlagen, während es aus Pakistan Baumwolle, Chemiedünger, Roheisen, Textilien, Leder und Transportschiffe importiert. Auch gibt es einen Grenzhandel zwischen den beiden Nachbarn.

Auch mit China und Jordanien ist ein gewisser Handelsaustausch entstanden, nachdem beide Länder i.J. 1977 diplomatische Beziehungen aufgenommen und 1978 einen Handelsvertrag geschlossen hatten. Jordanien exportiert hauptsächlich Phosphate nach China und importiert von dort Nahrungsmittel, Textilien, Töpferwaren, Walzstahl und Chemikalien. Der beiderseitige

Handelsaustausch belief sich i.J. 1983 auf 69 Mio.US\$. Beide Länder haben bisher insgesamt 16 Verträge über die Errichtung von Projekten in Jordanien in einer Höhe von 149 Mio.US\$ unterzeichnet.

Die Handelsbeziehungen mit der Türkei begannen i.J. 1965, während diplomatische Beziehungen erst 1971 errichtet wurden. 1974 war ein Handelsvertrag zustande gekommen. Die Türkei exportiert nach China Baumwolle, Chrom, Chemiefasern und Chemiedünger und führt aus China Chemikalien, Maschinen, Rohseide und Alarmanlagen ein. Das Handelsvolumen schwankt jährlich im Durchschnitt zwischen 30 und 40 Mio.US\$. 1973 hatte es den Höchststand von bisher 50 Mio.US\$ erreicht. Zwischen beiden Ländern wurden auch Lehr- und Lerngruppen ausgetauscht.

Der Handel zwischen China und Nepal belief sich 1983 auf insgesamt 22 Mio.US\$. China exportiert hauptsächlich leichtindustrielle Produkte, Textilien, Chemikalien, Maschinen und kleine Fabrikanlagen, während Nepal nach China hauptsächlich Leder, Reis, Tabak und Bauholz ausführt. In den letzten Jahren hat sich auch der Grenzhandel zwischen Nepal und Tibet vervielfacht. China ist neben Indien der wichtigste Entwicklungshelfer beim Bau von Straßen, hydroelektrischen Anlagen und Bewässerungsprojekten (XNA, 5.3.84).

Häufige Bestandteile in Lis Reden waren die Bezugnahme auf die alte "Seidenstraße", die einst zwischen China und den besuchten Ländern verlief, ferner der "Fünf Prinzipien"-Katalog für die friedliche Koexistenz und die der Dritt-Welt-Gemeinsamkeiten (z.B. XNA, 5.3.84). Moskau müsse seine "Südwärts-Strategie aufgeben" (BRU 1984, Nr.12, S.7).

König Birendra hatte China bisher sechsmal besucht, Zia-ul-Hak war dreimal dorthin gekommen und umgekehrt hatten Deng Xiaoping und Zhao Ziyang Nepal eine Visite abgestattet. -we-

*(7)

Grenzgespräche Chinas mit Bhutan

Zum ersten Mal seit Gründung der Volksrepublik i.J. 1949 besuchte eine offizielle Regierungsdelegation des Königreichs von Bhutan das neue China. Es ging um die Regelung der rund 300 km langen Grenzen zwischen beiden Nachbarstaaten.

Bhutan, das in einem engen Verhältnis zu Indien steht, hat lange Zeit versucht, den beiden Riesenachbarn im Süden und im Norden so

wenig Anlaß wie möglich zu Ärgerissen oder gar zu Interventionen zu geben. Zu Unrecht wurde Bhutan manchmal (neben Ladakh, Nepal, Sikkim und dem Nefa-Gebiet) als einer der "fünf Finger" nach Indien bezeichnet (vgl. die Ausführungen in C.a., August 1974, S.476 ff.). Manchmal war eher das Umgekehrte der Fall, insofern nämlich tibetische Exilgruppen Bhutan gerne eine Zeitlang als Operationsbasis gegen China benutzt hätten (C.a., 74/12, S.760-770).

Strikte Neutralität zwischen den beiden Nachbarn bei gleichzeitig-höchster Distanz gegenüber China - dies also war die Generallinie der Außenpolitik des Himalaya-Zwergstaates.

Entlang dem 3.400 km langen Grenzverlauf Chinas nach Südasien, an dem sich auch die erwähnten "fünf Finger" befinden, ist bisher nur ein einziger Streckenabschnitt, nämlich die Grenze zwischen China und Nepal formell fixiert worden.

Offensichtlich hat China nun, um am Beispiel Bhutans seinen guten Willen gegenüber Indien zu demonstrieren, die Grenzgespräche veranlaßt, die, wie man schon jetzt vermuten kann, höchst günstig für Bhutan ausfallen dürften. Gegenüber Kleinstaaten hat China sich noch allemal großzügig gezeigt!

Wenn es noch nicht früher zu Gesprächen gekommen ist, so waren dafür offensichtlich die Inder maßgebend, die seit Jahren rund drei Viertel des bhutanischen Haushalts finanzieren und auch die einzelnen Fünfjahrespläne des Königiums unterstützen.

Seit sich aufgrund einer Reihe von bilateralen Verhandlungen das Klima zwischen Indien und China wieder zu verbessern beginnt, haben sich auch die Chancen Bhutans, nun auch mit China "klarzukommen", substantiell erhöht. Die erste Verhandlungsrunde fand vom 17. bis 20. April in Beijing statt, und zwar zwischen Vizeaußenminister Gong Dafei und dem a.o. Botschafter Om Pradhan. Gegenstand der ersten Runde war ein Prozeduralkonsens, der auch erreicht wurde. Die zweite Runde soll zwischen Winter 1984 und Frühjahr 1985 stattfinden (XNA, 17., 18. und 21.4.84) (weitere Einzelheiten zum chinesisch-bhutanesischen Verhältnis in C.a., August 1974, S.476-481, und Dezember 1974, S.760-770). -we-

* (8)

Anerkennung des Sultanats Brunei

Am 1. Januar 1984 erlangte das Sultanat Brunei seine völlige

Unabhängigkeit von Großbritannien.

Noch am selben Tag entsandte Ministerpräsident Zhao Ziyang eine Grußbotschaft an den Sultan von Brunei, in der er die chinesische Anerkennung des neuen Staats aussprach. Brunei hat eine 96jährige britische Kolonialherrschaft hinter sich. Es liegt an der Nordwestküste von Borneo (Kalimantan), umfaßt 5.800 qkm und hat eine Bevölkerung von 200.000 Menschen.

China begrüßte auch den Beitritt Bruneis zur ASEAN. Brunei ist dort das sechste Mitglied. Dieser Beitritt werde "ohne Zweifel zur Stützung der ASEAN in einer zunehmend unruhigen Welt" beitragen (XNA, 3. und 9.1.84). -we-

* (9)

China unterstützt den Vorschlag Nordkoreas für dreiseitige Wiedervereinigungsverhandlungen

Anläßlich der Vorbereitungen für den Besuch Hu Yaobangs in Korea (Anfang Mai 1984) bekräftigte Hu gegenüber einer Delegation der parteioffiziellen Zeitung Rodong Sinmun, daß China die Vorschläge Präsident Kim Ilsons für dreiseitige Gespräche (zwischen Süd- und Nordkorea sowie den USA) zur Lösung der Wiedervereinigung Koreas unterstütze. Sollte irgendein fremdes Land gegen die Lösung der Korea-Frage durch Verhandlungen opponieren, werde es bestimmt weltweit verurteilt werden. Sollte es gar mit Waffengewalt in den nördlichen Teil Koreas eindringen, so "werden wir Ihnen mit allen Kräften helfen, die Eindringlinge zu vernichten". Die Idee eines koreanischen Staatenbundes sei vernünftig und realistisch. Damit könne die Spannung auf der Insel abgebaut und die Wiedervereinigung erreicht werden.

Die Regierung in Pyongyang hatte das Angebot dreiseitiger Gespräche am 10. Januar auf einer gemeinsamen Sitzung des Zentralen Volkskomitees und des Ständigen Komitees der Obersten Volksversammlung der KDVR vorgeschlagen. In einem von der gemeinsamen Sitzung veröffentlichten Kommuniqué hieß es, daß Nordkorea bei den dreiseitigen Gesprächen zuallererst versuchen werde, ein "Friedensabkommen" mit den USA zu schließen, wobei es gleichzeitig darauf bestehe, daß die USA ihre Truppen aus Südkorea abziehen.

Weiter heißt es in dem Kommuniqué, Nord- und Südkorea sollten über Fragen wie den Abschluß eines beiderseitigen Nichtangriffsvertrags diskutieren und anschließend einen Dialog über die Wiedervereinigungsfrage beginnen. Letzterer solle nach den Prinzipien "Selb-

ständigkeit, Frieden und große nationale Einheit" sowie in Übereinstimmung mit der "Gemeinsamen Erklärung vom 4. Juli" durchgeführt werden.

Der vernünftigste Plan für die Verwirklichung der Wiedervereinigung bestehe darin, eine Konferenz der ganzen Nation einzuberufen und, auf der Grundlage der Autonomie jedes der beiden Teilstaaten, eine Nord-Süd-Föderation, also eine Art Staatenbund zu gründen. Im übrigen sollten aber auch südkoreanische Vorschläge bei dem gemeinsamen Procédere berücksichtigt werden.

Das Kommuniqué verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die USA und die "südkoreanischen Behörden" die Aufrichtigkeit der Initiative des Nordens zu würdigen wüßten.

Die ersten dreiseitigen Gespräche sollten zweckmäßigerweise in Panmunjom, also an jenem Ort - rund 100 km nördlich von Seoul - stattfinden, an dem seit über dreißig Jahren Waffenstillstandsverhandlungen laufen.

Über weitere Einzelheiten wird C.a. im Zusammenhang mit dem Besuch Hu Yaobangs in Nordkorea berichten.

Zu erwähnen ist im vorliegenden Zusammenhang, daß Seoul darauf besteht, daß sich Nord- und Südkorea zunächst allein zu Gesprächen an einen Tisch setzen, während Pyongyang, das die USA als den wahren Beherrscher Südkoreas betrachtet, auf der Teilnahme dieser Großmacht besteht.

Seit Jahresbeginn 1984 gab es auf nordkoreanischer Seite Überlegungen, den Kreis der Beteiligten noch weiter zu ziehen und vielleicht auch noch die Volksrepublik China, die Sowjetunion und Japan mit hinzuzuladen.

China, das seit einiger Zeit von Südkorea auf sportlichem und kulturellem Gebiet umworben wird - und das nach dem Wunsch der Regierung in Seoul auch an den Asiatischen Spielen 1986 sowie den Olympischen Spielen von 1988 (beide in Seoul stattfindend) teilnehmen soll - befindet sich in einer heiklen Situation.

Da Beijing aber mit Nordkorea nicht ähnliche Kalamitäten erleben möchte wie mit dem von seiner ganzen Position her vergleichbaren Vietnam, fährt es einstweilen noch den schon seit Jahrzehnten eingeschlagenen Kurs einer enger Anlehnung an Pyongyang. Hu Yaobang hat bei seinem Korea-Besuch vor allem die Aufgabe, der nordkoreanischen Führung den chinesischen Wunsch zu

erläutern, nach und nach auch mit Südkorea ins Gespräch zu kommen und vielleicht sogar eine Vermittlerrolle zwischen den beiden Teilstaaten zu übernehmen. Eine solche Rolle Beijings in Korea entspräche auch den japanischen Intentionen. -we-

*(10)

Malaysisch-chinesische Beziehungen nach wie vor unbefriedigend

Anläßlich des 10. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Mai 1974, die damals von Zhou Enlai und Tun Abdul Razak vorgenommen wurde, kam Außenminister Wu Xuequan (im Anschluß an einen Birmabesuch) nach Malaysia, wo er Gespräche mit Ministerpräsident Mahathir, Außenminister Tan Sri Ghazali und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Datuk Musa bin Hitam führte.

Die Gastgeber betonten - offensichtlich unverblümt - daß sie die bisherigen Beziehungen für unbefriedigend hielten. Ursächlich dafür seien vor allem zwei Umstände, nämlich einmal die nach wie vor fortbestehenden Beziehungen zwischen China und der in Malaysia verbotenen "KP Malaya" (CPM) sowie die Tatsache, daß China über seine Filialbehörden in Hongkong malaysische Chinesen die Einreise nach China erlaubten, obwohl dies dem betreffenden Personenkreis durch die malaysische Regierung grundsätzlich verboten sei. Vor allem aber wirke sich der CPM-Kontakt höchst störend aus. China betone zwar immer wieder, daß seine Beziehungen zur CPM unter historischen Gesichtspunkten zu betrachten seien und daß sie sich im übrigen nur auf "moralische Unterstützung" beschränkten. Eine solche Auffassung jedoch könne Malaysia nicht akzeptieren. China verkünde immer wieder die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zu denen ja auch die "Nichteinmischung" gehöre. Malaysia betrachte Kontakte jeglicher Art mit der illegalen CPM als Einmischung in innere Angelegenheiten; es solle auch nicht vergessen werden, daß die CPM vor allem in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg von China nicht nur moralisch, sondern auch materiell und mit Waffen unterstützt worden ist (Bernama in SWB, 8.3.84).

Wegen der CPM-Kontakte hatte es auch schon bei früheren Besuchen chinesischer Repräsentanten, so z.B. bei der Visite Deng Xiaopings i.J. 1978 (dazu C.a., Dezember 1978, S.819-822) und Ministerpräsident Zhao Ziyangs im August 1981 (dazu C.a., August 1981, S.513-516) Ärger gegeben. Die malaysische Regierung denkt auch gar nicht daran, hier auch nur ein

Jota nachzugeben.

Ein Punkt, der andererseits wider Erwarten nicht angesprochen wurde, ist der neuerdings aufgeflammete Konflikt um zwei Inseln im Südchinesischen Meer, die sowohl von Malaysia als auch von Vietnam und China beansprucht werden (Näheres dazu SOAa, September 1983, S.422-425).

Außenminister Wu wurde bei einer Pressekonferenz in Kuala Lumpur auf die KP- und die Visafrage angesprochen: In der KP-Frage wiederholte er den altbekannten Grundsatz von der "langen Geschichte" der CPM und von der Beschränkung auf bloße moralische Unterstützung. Sei es nicht eine "normale internationale Gepflogenheit für die KP eines Landes, Beziehungen mit den Parteien anderer Länder zu unterhalten?" Die KPCh pflege solche Beziehungen sowohl mit KPs anderer Länder als auch mit nationalistischen Parteien in Afrika und sozialistischen Parteien in Europa. Auch Religionskörperschaften in den verschiedensten Ländern unterhielten doch auch solche internationalen Beziehungen mit moralischem Charakter!

Was die Visafrage angeht, so leugnete er schlichtweg, daß China jemals Rückkehrbescheinigungen für malaysische Bürger chinesischer Herkunft zu Verwandtenbesuchen in China ausgestellt habe. China habe seit Jahrzehnten erklärt, daß es gegen jede Doppelnationalität eintrete: "Wir meinen, daß in Malaysia lebende Chinesen, wenn sie freiwillig für die malaysische Staatsangehörigkeit optiert haben, nicht mehr chinesische, sondern malaysische Staatsbürger sind". An diesen Grundsatz hielten sich selbstverständlich auch die chinesischen Visabehörden. In Zukunft könne man aber zweifellos "passende Maßnahmen zur Frage des Besucheraustausches finden" (XNA, 28. und 29.2.84).

Unzufrieden ist die Regierung Malaysias auch mit dem Handelsaustausch: Er finde bisher "fast zu hundert Prozent nicht zwischen beiden Ländern direkt, sondern über dritte Nationen statt" (so der Minister für Handel und Industrie, Rithauddeen, in Radio KL, SWB, 1.3.84). In Zukunft müsse man alles daran setzen, daß erstens die Direktheit hergestellt werde und daß zweitens China mehr malaysische Waren abnehme, vor allem Gummi, Sägeholz, Kakao, Palmöl und Fertig- oder Halbfertigwaren, wie z.B. Textilfasern (ebenda). Zwischen 1974 und 1983 belief sich das gesamte Handelsvolumen zwischen beiden Ländern nach Angaben des malaysischen Königs auf 834 Mio. Ringgit (Radio KL in SWB,

16.4.83) (85 Ringgit = 100 DM). Bekanntgegeben wurde diese Zahl im Zusammenhang mit der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch den neuen chinesischen Botschafter in Malaysia.

Immerhin gab es im chinesisch-malaysischen Gespräch, das ansonsten so unerfreulich verlief, einen Punkt der Übereinstimmung, nämlich in der Kambodscha-Frage. Selbst hier jedoch wies der malaysische Außenminister darauf hin, daß Malaysia keineswegs "dafür eintritt, daß Kambodscha in Zukunft ein sozialistisches Land wird". Die etwas einseitige Unterstützung der Khmers Rouges durch China paßt also durchaus nicht ins malaysische Konzept; nicht zuletzt aus diesem Grund hat Malaysia in der Zwischenzeit den Son Sann-Truppen Ausbildungshilfe gewährt (Singapur lieferte denselben Truppen sogar Waffen). -we-

*(11)

Imelda Marcos in China

Vom 7.-10. Januar 1984 kam Frau Imelda Marcos, Sonderbeauftragte und Ehefrau des philippinischen Präsidenten, zu einem "Freundschaftsbesuch" nach China, um dort mit Vertretern der Führung (u.a. Deng Xiaoping, Li Xiannian und Hu Yaobang) zu verhandeln und eine Reihe von Abkommen und Verträgen zu unterzeichnen. Frau Marcos war in dieser Rolle als Sonderbeauftragte schon öfters in die Volksrepublik gekommen: zuerst im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Juni 1975 (damals traf sie auch mit Mao Zedong zusammen), zuletzt im Juni 1982. Frau Marcos unterzeichnete eine Reihe von Vereinbarungen, nämlich ein Durchführungsprogramm zum beiderseitigen Kulturabkommen für die Jahre 1984 und 1985, ferner eine Protokoll der 6. Tagung über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und ein Memorandum über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel zwischen den beiden Ländern. Mitunterzeichner der drei Dokumente war Vizeministerpräsident Wan Li (XNA, 10.1.84). Beide Seiten betonten, daß sich das bilaterale Verhältnis seit 1975 "gesund entwickelt" habe (9.1.84) und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Freundschaft weiter wachse. Zunehmen soll auch der Handel, wobei das Volumen "auf 500 Mio. US\$" anwachsen soll - in welchem Zeitraum geht aus den Meldungen nicht hervor (Radio Quezon City in SWB, 10.1.84).

Frau Marcos betonte, daß es ihr bei dem Besuch um fünf Ziele gegangen sei:

- eine Verbesserung der Handelsbalance zwischen beiden Ländern,

wobei sich die Philippinen vor allem eine Verdoppelung ihrer Exporte nach China wünschten - und zwar nicht nur traditioneller, sondern auch nichttraditioneller Produkte, so z.B. Kupferkonzentrate, Bier etc.;

- günstige Zahlungsbedingungen für philippinische Importe aus China während der nächsten sechs Monate;

- Beteiligung der philippinischen Wirtschaft am chinesischen Aufbauprogramm;

- wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der Betonung auf Selbsthilfeprogrammen;

- Vereinbarungen zur Absicherung von Buchungen für die Flüge der Philippine Airlines von und nach China (Radio Quezon City in SWB, 10.1.84).

Was den vierten Punkt anbelangt, so haben die Chinesen auf den Philippinen bereits eine Reihe von kleinen Wasserkraftwerken - zumeist auf der Hauptinsel Luzon - erstellt. Im Juli 1979 hatte Präsident Marcos zur Autarkie bei der Erschließung lokaler Ressourcen und bei der Lösung des Problems der Elektrifizierung aufgerufen. Noch im gleichen Monat hatte Frau Marcos China besucht und einen langfristigen Handelsvertrag unterzeichnet. Dieser Handelsvertrag wurde später dahingehend ergänzt, daß die Philippinen aus China komplette Anlagen für kleine Wasserkraftwerke kaufen wollten (BRU 1983, Nr.33, S.10).

Zu Punkt Vier führte Wan Li ferner noch aus, daß im Bereich der technischen und wissenschaftlichen Kooperation gegenwärtig siebzig Projekte gemeinsam betrieben würden (XNA, 9.1.84).

Was die politischen Gespräche anbelangt, so verurteilten beide Seiten die "Rivalität der Supermächte in Südostasien" und forderten den Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha. Außerdem erklärten sie sich für die Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea unter Führung Sihanouks.

Auch von den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen beiden Ländern war die Rede. Hier freilich könnte es philippinische Hintergedanken geben, seit das Regime Marcos erneut von der langsam, aber stetig zunehmenden revolutionären Aktivität der 1968 gegründeten Kommunistischen "Neuen Volksarmee" (NPA) bedrängt wird. Die Stärke der NPA wird heute auf 5.000 bis 8.000 Mann unter Waffen, 10.000 ausgebildete Kader und mehr als 100.000 Sympathisanten geschätzt.

Die NPA operierte zunächst im Norden von Luzon und auf der Insel Samar. Nachdem sich inzwischen ihr Kommando dezentralisiert hat, scheinen ihre Kräfte in den meisten der 73 philippinischen Provinzen aktiv geworden zu sein. Mehr als 60% der philippinischen Armee sind inzwischen in Mindanao gebunden - dem neuen Hauptwirkungsfeld der NPA und dem eigentlichen Schauplatz der Auseinandersetzungen mit den Muslimrebellien.

Die NPA wird seit zwei Jahren über die PLO mit sowjetischen Waffen versorgt, die möglicherweise von Libyen bezahlt werden. Politisch agiert die NPA über die KP und die "Nationaldemokratische Front" (weitere Ausführungen zur NPA in den laufenden Serien von SÜDOSTASIEN aktuell).

Jahrelang hatte China hinter der NPA gestanden. Kontakt zu China könnte theoretisch auch jetzt noch über die PLO-Schaltzentrale bestehen.

Bis heute erklären chinesische Spitzenpolitiker, daß China die Volksbefreiungsbewegungen in Südostasien zwar nicht mehr materiell, wohl aber moralisch-politisch unterstütze.

Ob dieses Thema in China ebenfalls von Frau Marcos angesprochen worden ist? -we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

* (12)

Internationaler Frauentag

Der Internationale Frauentag am 8. März wurde in China auf einer Vielzahl von Veranstaltungen begangen. Die zentrale Veranstaltung war eine Massenversammlung in Beijing am 7. März, die vom nationalen Frauenverband und seiner Beijinger Zweigstelle organisiert worden war und an der 6000 Frauen teilnahmen. Hauptrednerin war Hao Jianxiu, alternatives Mitglied des Sekretariats des ZK der KPCh. In ihrer Rede (Wortlaut s. RMRB, 8.3.84) betonte sie den Beitrag der Frauen zur Volkswirtschaft und wies darauf hin, daß Partei und Regierung die Stellung der Frau respektierten, deren Interessen verträten und die Ausbildung weiblicher Kader förderten. Sie erinnerte daran, daß das ZK im vergangenen Jahr Anstrengungen unternommen habe, die legitimen Rechte und Interessen der Frauen und Kinder zu schützen. Ihre Rede schloß mit einem Aufruf an die Partei- und Verwaltungsgremien aller Ebenen, die Ausbildung und Auswahl weiblicher Kader weiter zu verfolgen, den Frauen bei der Stellensuche, im Studium und in der Arbeit beizustehen und mehr Kindergärten und

Dienstleistungsabteilungen einzurichten, um die Frauen bei der Hausarbeit zu entlasten.

Unter den zahlreichen anderen Veranstaltungen zum Frauentag sind zu erwähnen ein Empfang der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes unter dem Vorsitz ihrer Präsidentin Deng Yingchao, auf dem die Verbundenheit mit den Frauen auf Taiwan hervorgehoben wurde (GMRB, 7.3.84), sowie eine Versammlung von über 500 Wissenschaftlerinnen, Professorinnen und Ingenieurinnen, zu denen die stellvertretende Präsidentin des Frauenverbandes Luo Qiong sprach (XNA, 7. und 8.3.84). Ein Drittel aller Wissenschaftler in China seien Frauen, sagte Frau Luo, davon allerdings nur zehn Prozent im Range von "senior scientists" und über dem Rang eines "associate professor". Als wichtigste Aufgabe für den Frauenverband sah Frau Luo an, das Bewußtsein der Frauen, ihren Bildungsstand, ihr wissenschaftliches Niveau und ihre fachlichen Fähigkeiten anzuheben, damit die Frauen besser dem sozialistischen Aufbau dienen könnten. Frau Luo nannte folgende Daten: In China gab es im Jahre 1982 gut 40 Millionen weibliche Arbeiter und Angestellte, das sind 36,2 Prozent aller Arbeitskräfte im staatlichen Sektor im Vergleich zu 7,5 Prozent im Jahre 1949. In einigen Sparten, wie z.B. im Textilgewerbe und im Handel, betrage der Anteil der Frauen 80 Prozent; im medizinischen Bereich beträgt er 57,4 Prozent. Lehrerinnen stellen an Primarschulen 36 Prozent, an Mittelschulen 26 und an Hochschulen 25 Prozent. Auf dem Lande sind 150 Millionen Frauen berufstätig.

Neben dem Bildungsstand und der fachlichen Ausbildung der Frauen standen als weiterer Themenkomplex der rechtliche Status und die Wahrung der Interessen der Frauen im Mittelpunkt der Diskussionen über Frauenfragen (vgl. Leitartikel in RMRB, 8.3.84). Trotz der rechtlichen Gleichstellung wird die Frau nach wie vor sozial benachteiligt. Dies wird besonders unter dem Aspekt der staatlichen Familienplanungspolitik deutlich, die pro Ehepaar nur ein Kind erlaubt. Viele junge Ehefrauen haben darunter zu leiden, wenn sie ein Mädchen zur Welt bringen, denn immer noch erwünscht sich die Mehrzahl der Chinesen männlichen Nachwuchs. In solchen Fällen werden Frauen häufig von ihren Männern oder Schwiegermüttern schikaniert oder zur Scheidung gezwungen; nicht selten werden zumal auf dem Lande neugeborene Mädchen sogar umgebracht oder ausgesetzt. Angesichts solcher Praktiken hat die Partei in Zusammenarbeit mit

dem Frauenverband und anderen Organisationen im Februar eine Kampagne zum Schutz der legitimen Rechte und Interessen von Frauen und Kindern durchgeführt, wie sie im vergangenen Jahr zum erstenmal veranstaltet worden war. Zweck dieser Kampagne ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Rechte der Frauen und das Ehegesetz. Im Rahmen dieser Öffentlichkeitsarbeit hat man in allen größeren Städten Chinas juristische Beratungszentren eingerichtet, in denen sich Frauen kostenlos beraten lassen können. Die Mehrzahl der Fälle betrifft Fragen hinsichtlich der Einmischung in die freie Wahl des Ehepartners, Streit zwischen Eheleuten, Eigentumsfragen, Familienplanung und Altersversorgung der Frau (XNA, 5.3.84).

Intensive Aufklärungsarbeit muß vor allem in Gebieten geleistet werden, wo die untergeordnete Stellung der Frau religiös motiviert wird, wie z.B. in dem großenteils islamischen Xinjiang. Dort wurden die religiösen Führer angewiesen, die Gleichberechtigung der Frau zu propagieren (Radio Urumqi, 24.2.84, nach SWB, 29.2.84). -st-

INNENPOLITIK

* (13) "Volkszeitung" beklagt mangelhafte Durchsetzung des nachmaoistischen Kurses

Wie schon im Januar und Februar standen auch im März 1984 Beiträge über die "Ausrichtung der Partei" im Mittelpunkt der innenpolitischen Berichterstattung der Parteipresse. In ihrem Leitartikel vom 15. März 1984 beklagte das ZK-Organ "Volkszeitung" die mangelhafte Durchsetzung des nachmaoistischen Kurses in einer Reihe von Gebieten. Erwähnt wurden u.a. die Landwirtschaftspolitik, die Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland, die Wirtschaftsreformen, die Kaderpolitik und die Politik gegenüber den Intellektuellen. Nach Ansicht der "Volkszeitung" besteht die Hauptursache für die unbefriedigende Umsetzung des neuen Kurses nach wie vor in dem "linken" (d.h. maoistischen; Anmerkung des Verfassers) Gedanken- gut einer Reihe von Funktionären und in der daraus folgenden Obstruktion des nachmaoistischen Kurses von "linken" Kräften. Dem Leitartikel zufolge müssen die Probleme bei der Durchsetzung des neuen Kurses deshalb vor allem durch die Korrektur von "linken Abweichungen" gelöst werden. Nach der in dem Leitartikel vom 15. März vertretenen Ansicht zählt der Kampf gegen "Linksabweichungen" und für die Durchsetzung des nachmaoistischen Kurses zu den wich-

tigsten Aufgaben im Rahmen der sogenannten "Ausrichtung der Partei".

Mit diesem Leitartikel kündigt sich möglicherweise eine erneute Wende in den innenpolitischen Auseinandersetzungen von der vorrangigen Kritik an "Rechtsabweichungen" im Rahmen der "Beseitigung der geistigen Verschmutzung" zur erneuten Betonung der Bekämpfung von maoistischen Linkskräften an. -sch-

* (14)

4. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Volkskongresses

Der Ständige Ausschub des VI. Nationalen Volkskongresses (NVK) trat vom 29. Februar bis 12. März 1984 in Beijing zu seiner 4. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Verabschiedung des ersten Patentgesetzes der Volksrepublik China und die Einberufung des NVK zu seiner 2. Tagung für Mitte Mai.

Das ständige Parlamentsorgan faßte folgende Beschlüsse:

1. Einberufung der 2. Tagung des VI. NVK am 15. Mai 1984. Folgende Haupttagungsordnungspunkte wurden festgelegt:

- Anhörung des Arbeitsberichts der Regierung;
- Überprüfung und Genehmigung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Jahre 1984;
- Überprüfung und Genehmigung des Budgets des Haushalts für 1984;
- Beratung und Verabschiedung des Gesetzentwurfs über Gebietsautonomie der nationalen Minderheiten;
- Beratung und Verabschiedung des abgeänderten Entwurfs des Militärdienstgesetzes. (RMRB, 13.3.84)

2. Verabschiedung des Patentgesetzes der Volksrepublik China (RMRB, 14. u. 15.3.84).

3. Einsetzung einer 15-köpfigen Beglaubigungskommission des VI. NVK zur Überprüfung und Beglaubigung der NVK-Abgeordneten (RMRB, 13.3.84).

4. Überweisung des abgeänderten Entwurfs des Militärdienstgesetzes an den NVK nach Einarbeitung weiterer Abänderungen durch die NVK-Gesetzeskommission.

5. Überweisung des Gesetzentwurfs über Gebietsautonomie der nationalen Minderheiten an die Kommissionen für Gesetzwesen und für nationale Minderheiten zwecks weiterer Abänderungen.

6. Verabschiedung des Statuts über die Teilnahme der NVK-Abgeordneten an der Interparlamentarischen

Union (RMRB, 7.3.84).

Darüber hinaus befaßte sich der Ständige NVK-Ausschub mit den Entwürfen eines Gesetzes über Gewässerschutz sowie von Bestimmungen über Feuerverhütung. Die Gesetzeskommission des NVK wurde beauftragt, weitere Änderungen an den beiden Gesetzentwürfen vorzunehmen.

Schließlich beschäftigte sich das ständige Parlamentsorgan mit einem Bericht des Vorsitzenden der zentralen Wirtschaftskommission, Zhang Jingfu, über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sowie mit einem Bericht von Außenminister Wu Xueqian über den Besuch von Ministerpräsident Zhao Ziyang in den USA und in Kanada. (RMRB, 1., 6., 7., 9., 13. und 14.3.84) -sch-

* (15)

Nationale Konferenz über Familienplanung

Vom 27.2. bis zum 7.3.1984 fand in Beijing eine nationale Konferenz über Familienplanung statt, an der Vertreter der Familienplanungsbehörden und der Familienplanungsarbeit aller Einheiten auf Provinzebene teilnahmen. Hauptredner waren der stellvertretende Ministerpräsident Wan Li und Frau Hao Jianxiu, alternatives Mitglied des Sekretariats des ZK der KPCh. Auf der Konferenz wurde abermals zur strikten Einhaltung der offiziellen Familienplanungspolitik aufgerufen, die beinhaltet, daß pro Ehepaar nur ein Kind erlaubt ist. Zweitkinder dürfen nur in Ausnahmefällen gestattet werden und bedürfen einer speziellen Genehmigung. Es wurde auch der Erfolg der Geburtenkontrolle in den letzten Jahren herausgestellt. Im Jahre 1983, so hieß es, sei die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung auf 13 pro Tausend gesunken, während sie 1982 noch 14,49 pro Tausend betragen habe (XNA, 3.3.84). Dennoch sei es erforderlich, die Wachstumsrate noch weiter einzuschränken, so daß die Bevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts nicht über 1,2 Milliarden hinauswache. Die Teilnehmer waren sich der Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dieser Politik voll bewußt; um so mehr wurde die Notwendigkeit eingesehen, die Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet zu verstärken, die Politik zu erklären und wirksame Maßnahmen für ihre Durchführung zu treffen (RMRB, 8.3.84). -st-

* (16)

Stiftung für Körperbehinderte mit einem Sohn Deng Xiaopings als stellvertretendem Vorsitzenden

Die Gründung einer Chinesischen Stiftung für Körperbehinderte wurde am 15. März 1984 auf einer